

Deutschland-Emmering: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 137/2023 19/07/2023
Auftragsbekanntmachung – Sektoren
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/25/EU

Abschnitt I: Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Emmering
Postanschrift: Amperstraße 11a
Ort: Emmering
NUTS-Code: DE21C Fürstenfeldbruck
Postleitzahl: 82275
Land: Deutschland
E-Mail: ausschreibungen@emmering.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.emmering.de/>
Adresse des Beschafferprofils: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1eea45>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1eea45>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://plattform.aumass.de:443/Veroeffentlichung/av1eea45>

I.6. Haupttätigkeit(en)

Wasser

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau des Wasserwerks Emmering - Objektplanung Ingenieurbauwerke, Leistungsphasen 1-9 gem. §§ 41 ff. HOAI

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Emmering beabsichtigt den Neubau eines Wasserwerks zur Gewinnung, Aufbereitung und Förderung von Trinkwasser für die öffentliche Wasserversorgung.

Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufenweise) zu beauftragen:

Objektplanungsleistungen Ingenieurbauwerke, Lph. 1-9 gem. §§ 41 ff. HOAI.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21C Fürstentfeldbruck

Hauptort der Ausführung: Emmering

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Gemeinde Emmering beabsichtigt den Neubau eines Wasserwerks zur Gewinnung, Aufbereitung und

Förderung von Trinkwasser für die öffentliche Wasserversorgung. Auf Basis einer 2022 durchgeführten Studie

wurde entschlossen, mit einem Neubau das jetzige Wasserwerk zu ersetzen. Der Neubau soll im direkten

Umfeld des bestehenden Hochbehälters Emmering errichtet werden. Im Rahmen der Studie wurden die

folgenden Baukosten nach DIN 276 grob ermittelt:

Kostengruppe 300: 2.530.000 € brutto

Kostengruppe 470: 1.880.000 € brutto

Kostengruppe 440+480: 324.000 € brutto

Die Leistungen sollen ab Dezember 2023 erbracht werden.

Die Baufertigstellung soll spätestens März 2028 erfolgen.

Es ist beabsichtigt mit dieser Ausschreibung folgende Leistungen (stufenweise) zu beauftragen:

Objektplanungsleistungen Ingenieurbauwerke, Lph. 1-9 gem. §§ 41 ff. HOAI.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Besetzung / Gewichtung: 35

Qualitätskriterium - Name: Fachtechnische Lösungsansätze / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Strukturelle Herangehensweise an das Projekt / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Gesamteindruck Konzept / Gewichtung: 5

Kostenkriterium - Name: Honorarangebot / Gewichtung: 20

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/12/2023 Ende: 03/03/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt bei Vollständigkeit der vorzulegenden Erklärungen und Nachweise gemäß Ziffer III.1.1) bis III.1.3) anhand objektiver Kriterien. Die detaillierte Bewertungsmatrix mit Angabe über die Verteilung der Punkte und Gewichtung der einzelnen Eignungskriterien ist den Bewerbungsunterlagen beigelegt.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung der nachstehenden Besonderen Leistungen wie auch zusätzlicher Leistungen (vgl. Honorarangebotsformblatt in den Vergabeunterlagen) ist optional möglich, ohne dass ein

Rechtsanspruch darauf besteht.

Optionen:

- Beauftragungsstufe 2: Leistungsphase 3-4 gemäß § 41 HOAI,
- Beauftragungsstufe 3: Leistungsphasen 5-7 gemäß § 41 HOAI,
- Beauftragungsstufe 4: Leistungsphasen 8-9 gemäß § 41 HOAI,
- Mitwirken beim Fördermittelantrag, soweit dies über die Grundleistungen hinaus geht, inklusive erforderlicher Abstimmungstermine,
- Örtliche Bauüberwachung,
- Überwachen der Mängelbeseitigung innerhalb der Verjährungsfrist,
- Mitwirken beim Verwendungsnachweis
- ggf. weitere besondere Leistungen gem. Anlage 12 HOAI

Die Beauftragung weiterer Leistungen bzw. Stufen besteht als Option ohne Anspruch darauf.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Der Auftraggeber bzw. dessen Verfahrensbetreuer korrespondiert vorzugsweise über die unter I.3) genannte Vergabeplattform.

Bewerbungen sind ausschließlich unter Verwendung des Bewerbungsbogens möglich. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied auszufüllen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1.) Basisinformation zum Unternehmen des Bewerbers (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten) bzw.

zu den an der Bewerbungsgemeinschaft beteiligten Unternehmen (Name, Sitz, Gründungsjahr, Kontaktdaten,

Leistungsanteil) (soweit zutreffend);

- 2.) Eigenerklärung (soweit zutreffend) der Bewerbergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bewerbergemeinschaft vertritt einschließlich Nachweis der Vertretungsmacht;
- 3.) Nachweis über die Berechtigung des vorgesehenen Entwurfsverfassers, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder in Deutschland entsprechend tätig zu werden;
- 4.) Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen mit anderen Unternehmen;
- 5a.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB;
- 5b.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB;
- 5c.) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz, § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendegesetz, § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz und § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz ;
- 6.) Für ausländische Unternehmen in Bezug auf die vorstehenden Punkte 5a.) bis 5c.): Erklärung, dass keine Ausschlussgründe vorliegen, die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes mit den vorgenannten gesetzlichen Anforderungen vergleichbar sind.
- 7) Erklärung zum Russlandbezug des Bieters / die Bietergemeinschaft sowie von Unterauftragnehmern, Lieferanten oder eignungsverleihenden Unternehmen
- 8) Erklärung über eine eventuelle Weitergabe von Auftragsteilen an andere Unternehmen. Will sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, so hat er die Weitergabe von Auftragsteilen verpflichtend anzugeben. Eine Benennung der Nachunternehmer erfolgt im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs unter Verweis auf § 34 Abs 1. S. 1 SektVO freiwillig. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.
- 9.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Nimmt der Bewerber im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsdurchführung haften. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1.) Erklärung über den Gesamtumsatz netto des Bewerbers in den letzten drei Geschäftsjahren von 2020 bis 2022. Die maximale Punktzahl wird bei einem durchschnittlichen Umsatz ≥ 450.000 EUR/a vergeben. - (Wichtung 5 %).
- 2.) Angabe der technischen Mitarbeitenden der letzten 3 Geschäftsjahre (2020-2022) für das gesamte Büro des Bewerbers. Die maximale Punktzahl wird bei einer durchschnittlichen Gesamtmitarbeiterzahl ≥ 6 technische Mitarbeitende erzielt. – (Wichtung 5 %)
- 3.) Nachweis der Versicherung über eine Berufshaftpflichtversicherungsdeckung in Höhe von 2.000.000 EUR für Personenschäden und 2.000.000 EUR für sonstige Schäden bzw. eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung der Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall muss den Bewerbungsunterlagen beiliegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- 1.) Für die Auswahl der Bewerber, die zum Verhandlungsverfahren ausgewählt werden, wird wie folgt vorgegangen:
Darstellung von maximal 3 Referenzprojekten aus den letzten 6 Geschäftsjahren, aus der die Erfahrung des Bewerbers bei Projekten mit vergleichbaren Anforderungen hervorgeht. – (Wichtung 90 %). Referenzprojekte, die vor dem 01.01.2017 in Betrieb genommen wurden, werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Maßgebend für die Bewertung ist der Inbetriebnahmezeitpunkt. Für die maximale Bewertung sollte jedes der Referenzprojekte folgende Anforderungen erfüllen:
 - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Neubaumaßnahme für Wasseraufbereitungsanlagen gem. Anlage 12 HOAI
 - Das Referenzprojekt wurde unter Berücksichtigung öffentlicher Vergabevorschriften abgewickelt
 - Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um eine Maßnahme mit Standort im Landschaftsschutzgebiet
 - Das Referenzprojekt ist vergleichbarer Größenordnung (Kosten (Kgr. 300+400) ≥ 5 Mio. €brutto)
 - Durch den Bewerber wurden mindestens die Leistungsphasen 2-8 (gem. § 41 HOAI) erbracht
 - Derzeitiger Projektstand des Referenzprojektes ist mindestens die Leistungsphase 8 oder das Projekt ist abgeschlossen.Die teilweise Erfüllung der vorgenannten Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung. Die entsprechenden Bewertungsmaßstäbe sind dem Beurteilungsschema, welches den Bewerbern über die Vergabepattform zur Verfügung gestellt wird, zu entnehmen. Folgende Angaben sind bei den Referenzen zu jedem Projekt aufzuführen:
 - Projektgegenstand (= kurze, jedoch aussagekräftige Projektdarstellung),
 - Auftraggeber (Name, Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
 - Leistungszeit,

- Gesamtkosten (Kgr. 300-400, DIN 276) netto,
- erbrachte Leistungen,
- erbrachte Leistungsphasen,
- Inbetriebnahmezeitpunkt,
- Projektstand.

2.) Benennung der technischen Fachkräfte, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen

3.) Vorbehalten wird die Vorlage von Bescheinigungen öffentlicher oder privater Auftraggeber über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte und die Darstellung des beim Bewerber vorhandenen Qualitätsmanagementsystems

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Natürlichen Personen, die nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind,

die Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu tragen. Ebenso natürlichen Personen, deren Listeneintrag in Umsetzung

der Berufsankennungsrichtlinie 2005/36/EG gewährleistet ist. Juristische Personen sind als Auftragnehmer

zugelassen, wenn deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet

ist, der Planungsaufgabe entspricht und sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen

Berufsangehörigen benennen, der die vorstehenden Anforderungen erfüllt.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 14/08/2023 Ortszeit: 12:00

IV.2.3.

Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können
Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Je Bewerber ist nur ein Teilnahmeantrag zulässig. Mehrfache Teilnahmeanträge führen zum Ausschluss vom Verfahren. Als mehrfache Teilnahmeanträge gelten auch mehrere Teilnahmeanträge von Einzelpersonen innerhalb verschiedener Bewerbungsgemeinschaften. Das Risiko für den rechtzeitigen Eingang des Teilnahmeantrages/Angebotes liegt beim Bewerber/Bieter. Zusätzliche bzw. ergänzende Unterlagen werden nicht berücksichtigt. Die Vergabeunterlagen stehen auf der unter Ziffer I.3) dieser Auftragsbekanntmachung genannten

Vergabepattform zum Download zur Verfügung. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über

die Kommunikationsebene der unter Ziffer I.3) dieser Auftragsbekanntmachung genannten Vergabepattform bis

spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als

Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabepattform bis 6

Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage

vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der unter Ziffer I.3) dieser Bekanntmachung genannten Vergabepattform zu

informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben

haben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist

auch noch innerhalb dieser 6 Kalendertage zu verschieben. In einem solchen Fall wird unverzüglich ebenfalls

auf der unter Ziffer I.3) dieser Auftragsbekanntmachung genannten Vergabepattform informiert.

Es besteht die Möglichkeit der freiwilligen Registrierung auf der unter Ziffer I.3) dieser Auftragsbekanntmachung

genannten Vergabepattform. Die Bewerber, die sich freiwillig registrieren, werden über die verbindlichen

Stellungnahmen auf die eingereichten Fragen und Anmerkungen per E-Mail informiert. Für die Einreichung des

Teilnahmeantrags ist eine Registrierung auf der Vergabepattform notwendig.

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Bewerbungsbogen von jedem Mitglied bzw. auch für solche Unternehmen

(eignungsleihende Unternehmen) auszufüllen, deren sich der Bewerber bei der Erfüllung des Auftrages zu

bedienen beabsichtigt.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 51 Abs. 2 SektVO

nachzufordern.

Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven

Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl

unter den verbleibenden Bewerbern durch Los zu treffen.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu

vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen (vgl. § 15 Abs. 4 SektVO).

Es wird auf die Rügeobliegenheit des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft bzw. Bieter /Bietergemeinschaft

gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB hingewiesen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern

Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München

Postleitzahl: 80538

Land: Deutschland

Telefon: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

— Der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

— Bieter und Bewerber können die Unwirksamkeit eines Vertragsschlusses feststellen lassen, wenn der öffentliche Auftraggeber gegen die Informations- und Wartepflicht aus § 134 GWB verstoßen hat oder der Auftrag rechtswidrig ohne vorherige Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben wurde. Wurde der Bewerber / Bieter ohne Vorabinformation direkt durch den öffentlichen Auftraggeber informiert oder die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, muss er einen Nachprüfungsantrag innerhalb von 30 Tagen einlegen, selbst bei unterbliebener Information jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss (§ 135 Abs. 2, Abs. 1 GWB).

Neben den vorgenannten Rechtsbehelfsfristen sind folgende Rügefristen zu beachten:

— Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch die Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu rügen (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB).

— Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und 3 GWB).

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung
14/07/2023